

Pulsnitzer Wochenblatt

Bezugspreis: Nr. 18. Tel.-Adr. Wochenblatt Pulsnitz

Bezirksanzeiger

und Zeitung Postcheck-Konto Dresden 2138. Gem.-Giro-K. 146

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 7.50 bei freier Zustellung, bei Abholung vierteljährlich M 7.—, monatlich M 2.40, durch die Post M 8.—



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gebaltene Beitzelle (Moffe's Zellenmesser 14) 100 Pfg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 90 Pfg. im Amtsgerichtsbezirke 80 Pfg. Amtliche Zeile M 3.—, 2,70 und 2,40. Restame M 2.30. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitraumbänder und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der voll. Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz, des Kommunalverbandes und Finanzamts Ramenz, der Ministerien und der Gemeindeämter des Bezirks.

Seit 1848 und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Triemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Zuh. J. W. Mohr).

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 84.

Donnerstag, den 14. Juli 1921.

73. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Abänderung der Bekanntmachung

des Arbeitsministeriums vom 20. September 1920 zur Verordnung über die Ausbringung der Mittel für die Kohlenwirtschaftsstellen vom 31. Mai 1920. (Nr. 218 der Sächsischen Staatszeitung vom 21. September 1920).

Die in § 2 unter a und b festgesetzten Beträge werden mit Wirkung vom 1. Juni 1921 ab

- a) für Steinkohlen, Steinkohlenbriketts, Koks, von 40 Pfg. auf 30 Pfg. für die t
- b) für Braunkohlen-Briketts, böhmische Braunkohlen, Raupreß Steine von 30 Pfg. auf 20 Pfg. für die t

herabgesetzt.

Dresden, am 12. Juli 1921.

Arbeitsministerium.

Berichtigung.

In der in Nr. 160 der Sächsischen Staatszeitung vom 13. Juli 1921 abgedruckten Veröffentlichung, Abänderung der Bekanntmachung des Arbeitsministeriums vom 20. September 1920 zur Verordnung über Ausbringung der Mittel für die Kohlenwirtschaftsstellen vom 31. Mai 1920 betr., hat als Termin für die Herabsetzung der Beträge der 1. Juli 1921 und nicht, wie in der Sächsischen Staatszeitung irrtümlicherweise abgedruckt ist, der 1. Juni 1921 zu gelten.

Dresden, am 13. Juli 1921.

Arbeitsministerium.

Nährmittelabgabe!

Von Sonnabend, den 16. Juli 1921 ab, gelangen durch die Kleinhändler des Bezirks auf die Abschnitte 95 der Allgemeinen und der Kinder-Nährmittelkarte je einhalb Pfund Weizengrieß

zum Preise von 95 Pfennig zur Verteilung.

Tüten sind mitzubringen.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 11. Juli 1921.

Handelschule in Pulsnitz.

Unter dem 9. April 1921 hatte die Handelskammer zu Zittau öffentlich bekanntgegeben, daß sie einem Antrage des Kaufmännischen Vereins zu Pulsnitz entsprechend beabsichtige, auf Grund von § 19, Abs. 2 des Gesetzes vom 4. August 1900, die Handels- und Gewerkekammern betreffend, Sonderbeiträge zur finanziellen Unterstützung der Handelschule in Pulsnitz zu erheben. In Abänderung dieser seinerzeit erlassenen Bekanntmachung wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß auf Grund eines neuerlichen Beschlusses die Handelskammerbeitragspflichtigen Firmen in den Ortsgemeinden Großröhrsdorf und Bretzig hi. bei außer Betracht gelassen werden sollen. Als Beteiligte sollen demzufolge alle physischen und juristischen zur Handelskammerbeitragspflichtigen Personen herangezogen werden, die in den Ortsgemeinden des Amtsgerichtsbezirks Pulsnitz (ausgenommen Großröhrsdorf und Bretzig) ihren Wohnsitz oder Sitz haben. Von diesen Beteiligten soll für das Rechnungsjahr vom 1. April 1921 bis zum 31. März 1922 ein Sonderbeitrag in Höhe von 4 Pfennig für jede Mark des Steuerjahres auf das Einkommen aus Handel und Gewerbe erhoben werden.

Die zur Handelskammerbeitragspflichtigen, die in den Ortsgemeinden des Amtsgerichtsbezirks Pulsnitz (ausgenommen Großröhrsdorf und Bretzig) ihren Wohnsitz oder Sitz haben, werden hierdurch öffentlich aufgefordert, etwaige Einwendungen gegen die in Aussicht genommene Erhebung von Sonderbeiträgen für die Handelschule in Pulsnitz bis spätestens 20. Juli 1921 bei der Handelskammer schriftlich geltend zu machen. Die bereits früher erhobenen Einprüche werden in Anbetracht der veränderten Sachlage als nicht abgegeben betrachtet, sofern ihre Aufrechterhaltung innerhalb der gestellten Frist nicht ausdrücklich mitgeteilt wird.

Zittau, den 11. Juli 1921.

Die Handelskammer.

Röniger.

Dr. Mache.

Sonntag, den 17. und Montag, den 18. Juli
Krammarkt in Pulsnitz.

Das Wichtigste.

Die Reichsbank hat durch Vermittlung des Bankhauses Mendelssohn & Co. in Amsterdam einen Kredit von 150 Millionen Goldmark erhalten. Dadurch werden die für den 31. August fälligen Reparationszahlungen im Verein mit anderen Maßnahmen der Regierung sichergestellt.

Die Bayerische Staatszeitung spricht sich dagegen aus, auf der Grundlage der amerikanischen Resolution den Frieden zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu schließen.

Die französische Regierung will der englischen vorschlagen, den Obersten Rat zur Entscheidung über Oberschlesien gegen den 25. Juli einzuberufen.

Das sächsische Ministerium des Innern hat den unabhängigen Reichstagsabgeordneten Ruffel zum Amtshauptmann zu Leipzig ernannt.

Der Parteitag der D. R. P. D. findet am 22. August in Jena statt.

In ganz Italien nimmt die Arbeitslosigkeit und die Schließung von Fabriken einen immer größeren Umfang an. Die Zahl der Arbeitslosen im ganzen italienischen Königreich beträgt gegenwärtig 300 000, während 400 000 Arbeiter nur an drei Tagen der Woche beschäftigt sind.

Die österreichischen Postgebühren sollen verdoppelt werden. Die Briefpostgebühren im Ortsverkehr werden 3 Kronen, im Fernverkehr 4 Kronen die Gebühr für eine Postkarte 2 Kronen betragen. Im Weltverkehr wird die Briefgebühr 10 Kronen, die Gebühr für eine Postkarte 6 Kronen betragen.

Rumänien plant neue Lokomotivbauträge an Deutschland im Werte von vorerst einer halben Milliarde Mark.

Russische Fikschlinge berichten, im ganzen Don Gebiet herrsche Cholera. In Rostow allein fallen der Cholera täglich 400—500 Menschen zum Opfer.

Aus London wird gemeldet: Die Wahlen in Portugal sind ruhig verlaufen. Die Regierungskandidaten haben die Mehrheit erzielt.

Die Kohlenrubenbesitzer in England haben beschlossen, den Preis der Hausbrandkohlen um 3 Schilling pro Tonne gegenüber dem Preise vor dem großen Streik zu erhöhen.

Oberschlesien und die internationale Lage.

Von Dr. Paul Fleischer, M. d. R.

Es knistert im Gedärk des englischen Weltreiches. Moskau will nicht dulden, daß die Erde den Angelsachsen zur Ausbeute überliefert wird, deshalb hat sich der Bolschewismus mit dem Mohammedanismus zum Sturze der britischen Herrschaft verbunden. In Angora wurde die gelbe Fahne des Propheten entfaltet, um die Völker Asiens vom englischen Joch zu befreien. Schon stehen die Truppen Kemal

Paschas am Golf von Ismid. Die englische Mittelmeerflotte kreuzt vor Konstantinopel, um den Uebergang des türkischen Meeres über die Dardanellen zu verhindern. Doch die nationaltürkische Welle, die Kleinasiens überflutet, rollt nach dem Balkan hinüber. Bulgarien verhandelt mit den türkischen Freiheitskämpfern. In London überlegt man, was geschehen soll, falls bulgarische Truppen im Rücken von Konstantinopel aufzutauchen. Die vor den Kemalisten geschlagenen Griechen können als Beschützer der englischen Interessen im nahen Osten nicht mehr ernstlich in Rechnung gestellt werden. Um Bulgarien und die englische Türkei vor kriegerischen Abenteuern zu bewahren, müssen beide von überlegenen Kräften unter Druck gehalten werden. Der kleine Entente, bestehend aus der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien, ist diese Rolle zugebach.

Um sich die Hilfe dieser Staaten zu sichern, kann England die Gurts Italiens und Frankreichs nicht entbehren; denn von Rom und Paris aus wurden die Fäden gesponnen, die Prag, Belgrad und Bukarest miteinander verknüpfen. Italien jedoch mag seine Finger am kleinasiatischen Feuer nicht verbrennen, und Frankreich will mit Kemal Pascha zu einer Verständigung kommen. Lloyd George sucht deshalb Irland und Danonni, den neuen italienischen Ministerpräsidenten, bei außer Laune zu erhalten.

Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß in dem Augenblick, da die kleine Entente mit Bulgarien und der Türkei zusammenstößt, auch Sowjetrußland marschieren würde. Um jedoch die Richte der bolschewistischen Armee zu zerplittern, soll Polen in das Bündnis mit der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien einbezogen werden. Nachdem es Rumänien nicht gelungen ist, diesen Vierbund zustande zu bringen, gibt sich Benesch, der tschechische Außenminister, die denkbar größte Mühe, das Ziel zu erreichen. Zwar hat die Lösung der Tschecher Frage durch den Vierbund Tschechen und Polen tief erbittert. Doch Herr Skirmunt, der jetzt als Nachfolger des Fürsten Sapieha die auswärtige Politik des polnischen Freistaates leitet, bezeichnet in seiner programmatischen Antrittsrede die Annäherung an das tschechische Völkervolk als eine Notwendigkeit. Diese Erklärung wurde von der tschechischen Presse außerordentlich herzlich aufgenommen, und Herr Benesch ergriff die Gelegenheit, um seinem Warschauer Kollegen ausdrücklich zu versichern, daß die Bestrebungen des tschechischen Volkes, zu einer Verständigung und dauernden Freundschaft mit Polen zu kommen, durchaus aufrichtig gemeint seien. Dabei wünschte er Polen im beiderseitigen Interesse eine glückliche Lösung der ober-schlesischen Frage, die sich nach seinem aus London stammenden Informationen in einem für Polen günstigen Stadium befinde.

Die Depesche des tschechischen Außenministers beleuchtet hßartig die Situation. Sie bestätigt, was von Pessimisten bis jetzt nur vermutet wurde. Will sich Großbritannien der Schwierigkeiten erwehren, die ihm durch den Vormarsch Kemal Paschas und die unsichere Haltung Bulgariens entstanden sind; soll die kleine Entente der gegen Moskau ge-

richteten Politik des Londoner Kabinetts dienlich gemacht werden; so muß sich Lloyd George in der ober-schlesischen Frage dem polnisch-französischen Standpunkt nähern. Gewiß, er tut's nicht gern. Deshalb schiebt er die Entscheidung immer wieder hinaus. Inzwischen wächst die Not des ober-schlesischen Volkes ins Ungemessene. Doch was gilt englischen Staatsmännern das ober-schlesische Industrie-Gebiet, wenn Lebensfragen des britischen Weltreiches auf dem Spiele stehen? Das Schicksal Oberschlesiens wird eben nicht in Doppeln von der Interalliierten Kommission entschieden; es hängt vom Ausgang des Kampfes zwischen dem bolschewistischen Rußland und der mohammedanischen Welt mit dem angelsächsischen Kapitalismus ab. Je bedrohlicher sich in diesem Ringen die Lage Englands gestaltet, umso dringlicher wird polnische Begehrlichkeit unter dem Schutze französischer Bajonette in Oberschlesien auftreten. Dieser Tatsache scharf ins Auge zu sehen und danach unser Verhalten einzurichten, ist Pflicht einer der Wirklichkeit Rechnung tragenden Politik. Wir könnten sonst aufs neue schwere Enttäuschungen erleben.

Deutsche und sächsische Angelegenheiten.

(Wetterbericht vom 12. Juli.) Das Depressionsgebiet über Norddeutschland entfernt sich, während ein Maximum im Westen sich befindet, die dadurch bedingten Winde aus NW haben wieder Abkühlung gebracht, doch ist es noch immer ziemlich warm. Mit dem erneuten Vorbringen des Maximums ist wieder heiteres, trockenes und wärmeres Wetter zu erwarten.

(Reichsbanknoten zu 50 Mark) vom 30. November 1918 haben auf Grund der Verordnung vom 27. Dezember 1920 ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit dem 31. Januar 1921 verloren. Sie werden nur noch bis zum 31. Juli 1921 von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet.

(Nochmals: Die Durchlöcherung des Prinzips der Reichseisenbahn.) Wir hatten berichtet, daß dem bayerischen Staate von der Reichseisenbahnverwaltung sehr erhebliche Zugeständnisse gemacht worden waren, die eine glatte Durchbrechung des Prinzips der Reichseisenbahn bedeutet. Zu dieser Angelegenheit veröffentlicht heute die Sächsische Staatszeitung folgende halboffizielle Notiz: „In der Presse sind Mitteilungen darüber erschienen, daß die Eisenbahnverwaltung Bayern Zugeständnisse gemacht hat, welche die Zuständigkeitsgrenzen der bayerischen Zweig-

